

ZUR UMSETZUNG DES LANDWIRTSCHAFTLICHEN GROSSPROJEKTES PROSAVANA

ERFOLGSGESCHICHTE FEHLANZEIGE

Das landwirtschaftliche Großprojekt ProSavana wurde zum Sinnbild für die Konflikte um das Entwicklungsmodell in Mosambik. Die Realisierung von ProSavana selbst ist derweil ins Stocken geraten.

Von Ute Sprenger

Wenn alljährlich ab November im Norden Mosambiks die Zeit für die Aussaat beginnt, dann richten viele Bäuerinnen und Bauern den Blick besorgt zum Himmel. In den ländlichen Haushalten wird mehrheitlich der Regenfeldbau praktiziert, weshalb sich vor allem die Kleinbauern auf das Wetter verlassen müssen. Doch das wird mit der globalen Erderwärmung zunehmend unwägbar; häufiger als bisher schon treten Dürren und Überflutungen auf. Zudem traf dieses Jahr der El Niño-Effekt mit unregelmäßigen Niederschlägen die Länder der gesamten Region besonders hart.

In der aktuellen Anbausaison bangt so manche Kleinbauernfamilie und ländliche Gemeinde in den nördlichen Provinzen Nampula, Niassa und Sambesi nicht nur des Wetters wegen um ihre Ernten. Die drei im so genannten Wachstumskorridor von Nacala gelegenen Provinzen sind Schauplatz des derzeit wohl landesweit umstrittensten landwirtschaftlichen Großprojekts. Unter dem klangvollen Namen ProSavana soll, finanziert durch Brasilien und Japan, eines der größten zusammenhängenden Gebiete für das private Agrobusiness in Afrika erschlossen werden. In den fruchtbaren aber strukturschwachen Regionen zwischen Indischem Ozean und der Grenze zu Malawi will man auf einer Fläche von 14 Millionen Hektar – zweimal das Bundesland Bayern – in großem Stil Plantagenwirtschaft und die dazugehörige Infrastruktur aufbauen. Entsprechende Pilotprojekte laufen bereits in der nunmehr dritten Saison.

EXPORTLANDWIRTSCHAFT

Mosambik gehört zu den zehn afrikanischen Partnerländern der 2012 begründeten Allianz für Ernährungssicherung der G7-Staaten. Die Regierungen haben sich verpflichtet, ihre Landwirtschaften nach westlichem Vorbild zu modernisieren und in den Weltmarkt zu integrieren. Dies bedeutet auch, die Märkte für Investoren und das Agrobusiness zu öff-

nen und jeweils die entsprechende Gesetzgebung anzupassen. Dafür fließen Mittel öffentlicher und privater Geldgeber. In diese Programmatik fügt sich auch das trilaterale ProSavana-Programm.

Im März 2015, ein Jahr später als ursprünglich angekündigt, veröffentlichte Mosambiks Regierung das offizielle Konzept für diese Dreiecks Kooperation, den so genannten ProSavana Masterplan. Es ist die zweite öffentlich bekannt gewordene Konzeption für das Vorhaben. Teile eines früheren Entwurfs sickerten 2013 durch. Darin werden die drei Säulen des Vorhabens skizziert: Technologietransfer aus Brasilien und Japan, Gewinnung privater Investoren und die Einführung großflächiger Anbaumodelle für die Produktionssteigerung.

Mit den seinerzeit geleakten Dokumenten sahen all jene, die sich für die Rechte der kleinbäuerlichen Familienlandwirtschaft einsetzen, ihre Befürchtungen bestätigt, dass im Mittelpunkt des Vorhabens der Aufbau globaler Lieferketten für eine Exportlandwirtschaft steht. Wobei vor allem jene Bauern berücksichtigt werden sollen, die bereits marktfähige Betriebe besitzen.

Seit Bekanntwerden der Pläne ebbt die öffentliche Kritik an diesem Megaprojekt nicht mehr ab, sagt Petra Aschoff. Organisationen aus Mosambiks Zivilgesellschaft und deren internationale Partner weisen gemeinsam darauf hin, dass mit ProSavana die mehrheitlich ärmeren Haushalte in den ländlichen Regionen Gefahr liefen, ihr Land an Unternehmen oder an Großbauern zu verlieren. Viele der Organisationen stellen das neoliberale Entwicklungsmodell in Frage, mit dem die Regierung einseitig auf Rohstoff-Extraktivismus setzt und dabei soziale und ökologische Folgen weitgehend ignoriert. Gleichzeitig tauscht die erstarkende Zivilgesellschaft Mosambiks sich mittlerweile erfolgreich mit AkteurInnen und sozialen Bewegung in Brasilien und Japan aus. Dabei werden auch gemeinsame Strategien des Widerstands gegen das ProSavana Programm entwickelt.

GRADUELLE KORREKTUREN

Der nun offiziell vorliegende Masterplan unterscheidet sich zwar in einigen Aspekten von der Vorgänger-Version – der Tonfall ist deutlich weniger technokratisch, zudem will man künftig die betroffenen Gemeinden und die Zivilgesellschaft einbinden, wenngleich dies nicht weiter konkretisiert wird – und reagiert damit immerhin auf die anhaltenden Proteste und kritischen Nachfragen aus dem In- und Ausland. Oberstes Ziel bleibt dennoch auch in der Neufassung, die Bauernfamilien für das Exportgeschäft wettbewerbsfähig zu machen. Über die Umsetzung des Masterplans sollte die Regierung eigentlich bis zum Jahresende 2015 beraten. Doch die Entscheidung darüber verzögert sich weiter. In den Dörfern geht derweil die Angst vor dem Landverlust um.

Denn zur gleichen Zeit erhöhen im Nacala Korridor sowohl globale, als auch einheimische Akteure den Druck auf das fruchtbare Land. Seit 2012 sind Agrarunternehmen, zumeist neu entstandene Joint Ventures zwischen lokalen und ausländischen Investoren, dabei, im Zuge der Pilotphase von ProSavana den Anbau von Sojabohnen, Reis und Mais auszuweiten – Nahrungs- und Futtermittel, die vor allem für die Exportmärkte Asiens und Europas bestimmt sind. Damit wird auch der Zwist in den Gemeinden geschürt. „Manch einer erhofft sich nun Vorteile durch Landabtretung, Vertragsanbau oder auch neue Arbeitsplätze“, erklärt Petra Aschoff. „Viele befürchten aber, dass die Unternehmen sich künftig mehr noch als bisher unrechtmäßig Land aneignen werden.“

Tatsächlich entspricht es schon jetzt bitterer Erfahrung in Mosambik, dass Investoren und Konzerne, ob aus Norwegen, Portugal oder Brasilien, beim Erschließen von Rohstoffen und Land nur selten Rücksicht auf die Belange der Menschen vor Ort nehmen. Dabei ist der Boden Eigentum des Staates und kann nicht verkauft werden. Beim Erwerb von Nutzungsrechten, den so genannten DUATs, erfordert Mosambiks fortschrittliches Bodenrecht den Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen

und eine vorherige Konsultation der vom Projekt betroffenen Bevölkerung. Eigentlich. Doch nicht jeder Investor befolgt die Gesetze. Andere halten sich nicht an die Vereinbarungen, zahlen etwa die bei Landabtretung fälligen Entschädigungen nur teilweise oder gar nicht aus oder ignorieren bei Umsiedlungen die zuvor gemachten Zusagen.

Für die so Überrumpelten steigt das Risiko der Verarmung enorm. Unter Mosambiks Kleinbauernschaft verfügt bisher nur ein kleiner Teil über Landnutzungstitel. Die meisten wännen sich durch das traditionelle Landnutzungsrecht sicher, das aber leicht ausgehebelt werden kann und vor Gericht weniger gilt als modernes Recht. Tatsächlich ist die Rechtslage unübersichtlich und die Katasterämter funktionieren nur lückenhaft, wie Petra Aschoff weiß. Erst langsam werde in Mosambik das darin steckende Konfliktpotenzial bewusst. Angesichts dessen sei es um so wichtiger, dass das Gemeindeland vermessen wird und dass bei der Grundstücksvergabe die traditionelle Landnutzung Vorrang habe vor den Ansprüchen externer Akteure.

KONFLIKTE IN DER PILOTPHASE

In diesem Kampf um Landtitel sind mosambikanische Partnerorganisationen von Brot für die Welt eine wichtige Stütze der Kleinbauernfamilien. Während der Bauernverband UNAC (União Nacional de Camponeses) landesweit den Kleinbauern und -bäuerinnen politisch eine Stimme gibt, klären in den Provinzen des Nordens vor allem zwei Organisationen über Boden- und Nutzungsrechte auf: ORAM (Associação Rural de Ajuda Mútua), ein Verband, der in den 90er Jahren im Zuge der Landrechtsreform entstand und das Forum Terra. Beide Organisationen stehen den lokalen Bauernfamilien, Kooperativen und Gemeinden auch ganz praktisch zur Seite, etwa wenn sie sie mit Schulungen, bei der Vermessung ihres Landes, der Dokumentation und ebenso bei der Registrierung in den Grundbuchämtern unterstützen.

Vor Ort in den Gemeinden der Provinzen Nampula und Sambesi kam es bereits zu ersten Streitfällen im Zusammenhang mit den Modellprojekten im Rahmen von ProSavana. Demnach wurden schon im Jahr 2012 Hunderte Bauernfamilien im Nacala Korridor gezwungen, Platz für Plantagen zu schaffen. Über die Landesgrenzen hinaus bekannt wurde der Fall von AgroMoz, einem Joint Venture von Unternehmen aus Mosambik und Portugal mit Pinesso, einem der größten Sojaproduzenten Brasiliens. Auf mosambikanischer Seite ist eine Firma des früheren Präsidenten Guebuza beteiligt. Laut Medienberichten brachte



das Unternehmen im Distrikt Guruè, Provinz Zambesia, mehr als 1.000 AnwohnerInnen eines Dorfes mit Druck und falschen Versprechen dazu, einer Umsiedlung zuzustimmen. Sie wurden mit geringen Entschädigungen in Höhe von 2.000 bis 6.500 Metical (etwa 40 bis 120 Euro) für Haus und Hof abgespeist. Auch die Zusagen für den Bau einer Klinik und einer Schule am neuen Ort wurden nicht erfüllt.

Die mosambikanische Opposition aus Bauern-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen lehnt das Konzept von ProSavana nahezu geschlossen ab. Nicht, weil die kleinbäuerliche Landwirtschaft und die BewohnerInnen des Nacala-Korridors keine Unterstützung benötigten, sondern weil ProSavana deutlich an den Interessen der Agroindustrie ausgerichtet ist. Statt am lokalen Wissen in der kleinräumigen mosambikanischen Familienlandwirtschaft anzusetzen ist Brasiliens großflächiger Plantagenanbau das Vorbild.

In der Praxis gehen die KritikerInnen verschiedene Wege. Beim Bauernverband UNAC fordert man gemeinsam mit Menschenrechts- und Umweltgruppen im In- und Ausland von den drei beteiligten Regierungen den Stopp des ambitionierten Megaprojekts. ORAM und Forum Terra – und mit ihnen eine Reihe weiterer beratender Gruppierungen – sehen ihre Prioritäten dort, wo es darum geht, aufzuklären und individuelle und kollektive Rechte Betroffener im Interessenkonflikt um den Boden zu sichern.

KOMPLEXITÄT UNTERSCHÄTZT

Beim Run auf mosambikanisches Ackerland sind große Kapitalinteressen und Gewinnerwartungen im Spiel. Geht es nach der Regierung Mosambiks und den BefürworterInnen der Dreieckskooperation, so wird der Norden des Landes mittels ProSavana zu einer wesentlichen landwirtschaftlichen Produktionszone für den Weltmarkt. Ein Blick auf den Zeitplan und die Programm-Vorhaben im Masterplan macht allerdings deutlich, dass Wunsch und

Wirklichkeit hier bislang auseinander klaffen. Denn nicht allein bei der Umsetzung hinkt man hinterher. Ein Insider aus Mosambiks Landwirtschaftsministerium räumte im Frühjahr 2015 ein, dass es derzeit keine Investoren für die Vorhaben gäbe.

Anders als erhofft konnte sich ProSavana bis dato also nicht als Erfolgsgeschichte der Agrarindustrie etablieren. Wie es scheint, haben die japanischen und brasilianischen MacherInnen die komplexen Herausforderungen des Vorhabens – logistisch, sprachlich, kulturell und strukturpolitisch – unterschätzt. Denn weder war der spezifische Kontext des Landes mitsamt seiner kolonialen und höchst widersprüchlichen postkolonialen Spezifika im Blick, noch waren die AkteurInnen auf die nach 2013 einsetzenden gesellschaftlichen Prozesse und den sozialen Widerstand vorbereitet. Insofern trugen die Oppositionen im In- und Ausland mit dazu bei, dass das Megaprojekt ins Stocken geriet. Ein weiteres tat hier der Verfall der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt.

Ob allerdings Mosambiks Regierung oder beteiligte ausländische Akteure aus all dem etwas gelernt haben und künftig auf den Zugriff auf Böden und Wasserressourcen im Nacala Korridor verzichten, wird bei GRAIN, einer weltweit agierenden NGO, die über die Risiken des „Land Grabbing“ informiert, bezweifelt. Im Gegenteil. Seit Anfang 2014 schon ist im nördlichen Teil des Nacala Korridors ein neues agrarindustrielles Projekt in Planung, bei dem entlang des Flusses Lúrio auf 200.000 Hektar Bewässerungslandwirtschaft entstehen soll. Vorgesehen sind zwei Staudämme, der Export-Anbau von Baumwolle, Getreide, Zuckerrohr für Agrosprit sowie die Rinderzucht. Und wie schon bei ProSavana werden Einzelheiten des Projektes bislang noch vor der Öffentlichkeit geheim gehalten.

Ute Sprenger ist Soziologin und freie Publizistin. Der Text basiert auf einer aktuellen Recherche für Brot für die Welt-Evangelischer Entwicklungsdienst.